Wittgensteiner Zeitung

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag und kostet vierteljährlich in der Geschäftsstelle 1,50 Mk., durch die Post bezogen 1,65 Mk.

Amtliches Anzeigeblatt der Stadt Laasphe, der Aemter Erndtebrück, Banfe und Wittgenstein.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt, Hofbuchdruckerei, Laasphe.

Anzeigen werden die einspaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet; Wiederholungen mit entsprechendem Rabatt.

Nr. 8. Fernsprecher Nr. 79. **Laasphe, Samstag den 25. Januar 1919.** Postscheckkonto Cöln 40449 **44. Jahrg.**

Amtliches.

Satzung

des öffentlichen Arbeitsnachweis für den Kreis Wittgenstein.

1. Der öffentliche Arbeitsnachweis für den Kreis Wittgenstein ist ein vom Kreiskommunalverband für das Kreisgebiet eingerichtetes Unternehmen.

Er hat seinen Sitz in Berleburg.

Er ist dem Verbande Westfälischer Arbeitsnachweise in Münster angeschlossen.

2. Der Arbeitsnachweis hat den Zweck, den Arbeitnehmern beiderlei Geschlechts und aller Stände und Berufsarten Arbeit und Stellungen, und den Arbeitgebern Arbeiter, Angestellte und Dienstboten zu vermitteln.

3. Die Vermittlung der Arbeit erfolgt unentgeltlich. Die Geschäftsordnung kann bestimmen, daß außerhalb des Kreises wohnende Arbeitgeber die dem Arbeitsnachweise erwachsenden Kosten der Vermittlung erstatten.

Ein Rechtsanspruch auf Vermittlung von Arbeit und von Arbeitern besteht nicht.

4. Die Verwaltung des Arbeitsnachweises erfolgt durch den Vorstand und den Geschäftsführer.

Der Betrieb des Arbeitsnachweises wird durch eine vom Kreisausschuß zu erlassende Geschäftsordnung geregelt.

Vorstand.

5. Der Vorstand besteht aus:
1. dem Landrat (in Behinderungsfällen dessen gesetzlichem Vertreter) als Vorsitzenden,
2. dem Geschäftsführer des Arbeitsnachweises,
3. sechs vom Kreisausschuß auf jeweils 3 Jahre gewählten Mitgliedern, von denen je 3 dem Stande der Arbeitgeber und dem Stande der Arbeitnehmer angehören sollen.

Die Mitglieder sind möglichst aus den Ständen und Berufsarten zu entnehmen, von denen der Arbeitsnachweis hauptsächlich benutzt wird.

6. Der Vorstand wird nach Bedarf durch den Vorsitzenden einberufen. Es soll jährlich mindestens eine Vorstandssitzung stattfinden. Außerdem muß der Vorsitzende innerhalb von zwei Wochen eine Sitzung einberufen, wenn dies von mindestens vier Vorstandsmitgliedern beantragt wird.

Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn sämtliche Mitglieder geladen und mindestens vier Mitglieder anwesend sind.

Schriftlich gefaßte Beschlüsse haben Gültigkeit, wenn keines der Vorstandsmitglieder widersprochen hat.

7. Bei allen Beschlüssen des Vorstandes entscheidet einfache Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit ist die Stimme des Vorstandes ausschlaggebend.

Ist eine Sitzung beschlußunfähig, weil nicht die genügende Anzahl Mitglieder anwesend ist, so beschließt die folgende Sitzung mit einfacher Mehrheit der Anwesenden über die in der vorhergehenden Sitzung zur Vorlage gebrachten Gegenstände.

8. Die Vorstandsmitglieder verwalten ihr Amt unentgeltlich.

Für die Teilnahme an den Sitzungen werden ihnen ihre baren Auslagen, insbesondere Reise- und Zehrungskosten sowie sonstige Aufwendungen, die notwendigerweise mit der Ausübung des Ehrenamts verbunden sind, erstattet. Die Bestimmungen fester Reisekosten und Tagegelder bleibt vorbehalten.

Die Mitglieder aus dem Stande der Arbeitnehmer erhalten auch Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst.

Geschäftsführer.

9. Die laufende Erledigung der Geschäfte des Arbeitsnachweises einschl. der Rechnungsführung erfolgt durch den vom Kreisausschuß bestellten Geschäftsführer.

10. Die Vergütung des Geschäftsführers wird vom Kreisausschuß nach Anhörung des Vorstandes festgesetzt.

11. Die Aufsicht über die Geschäftsführung erfolgt durch den Vorstand und dessen Vorsitzenden.

12. Im Bedarfsfalle können für den Geschäftsführer Stellvertreter bestellt und Hilfskräfte beigegeben werden.

Ortsstellen.

13. Für die Aemter und Städte, mit Ausnahme derjenigen, in denen der Arbeitsnachweis seinen Sitz hat, können im Bedarfsfalle Ortsstellen eingerichtet werden, die der Stadt- und Amtsverwaltung anzuschließen sind. Die Ortsstelle hat die Aufgabe, die Gesuche um Beschaffung von Arbeit und Arbeitern in ihrem Bezirk entgegenzunehmen und sie, falls sie dieselben nicht durch die bei ihr vorliegenden Anträge unmittelbar erledigen kann, auf kürzestem Wege dem Arbeitsnachweis mitzuteilen.

Schlußbestimmungen.

14. Eine Aenderung dieser Satzungen unterliegt der Beschlußfassung des Kreisausschusses.

Berleburg, den 21. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Dr. Kretschmar.

Bekanntmachung.

Die Preußische Regierung hat am 9. Januar 1919 folgendes verordnet:

Für die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung findet die Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 28. 12. 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1479) mit der Maßgabe Anwendung, daß die gemäß Artikel 1 § 2 a.a.O. auszustellende Bescheinigung den Vermerk trägt: Nur gültig für die Wahlen am 26. Januar.

Berleburg, den 18. Januar 1919.

Der Landrat. J. V.: Weber, Kreissekretär.

Bekanntmachung.

Das von der Provinz ausgegebene Notgeld ist, seiner Aufsicht gemäß, spätestens bis zum 1. Februar d. Js. einzulösen. Demgemäß ist es bis zu diesem Tage der Landesbank oder einer Sparkasse der Provinz zur Einlösung vorzulegen. Diese Stellen werden das Notgeld schon von jetzt ab einlösen. Zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs wird es sich empfehlen, daß die Inhaber des Notgeldes den Gegenwert möglichst sich nicht in anderen Scheinen auszahlen, sondern überweisen bezw. gutschreiben lassen.

Berleburg, den 20. Januar 1919.

Der Landrat. J. V.: Weber, Kreissekretär.

Die Nationalversammlung in Weimar.

Die Beratungen der Regierung über Ort und Zeit der Nationalversammlung sind Montag zum Abschluß gekommen. Die Strömung gegen Berlin hat gesiegt. Es ist endgültig beschlossen worden, die Nationalversammlung nach Weimar einzuberufen. Der Zusammentritt wird dort am 6. Februar erfolgen. Als Versammlungsraum ist das Weimarer Hoftheater bestimmt.

Maßgebend für den Beschluß der Regierung waren verschiedene politische Gründe, in erster Linie die sehr bestimmt geäußerten

Wünsche der süddeutschen Regierungen,

die Nationalversammlung außerhalb des Berliner Getriebes tagen zu lassen. Es wurde dabei geltend gemacht, daß die Nationalversammlung kein dauerndes Parlament sei, sondern eine einmalige, große, wichtigste Aufgabe zu erfüllen habe: die Errichtung der neuen deutschen Einheit in einer neuen Verfassung.

Berlin sei durch die letzten Vorgänge, deren Erregung noch lange nachklingen werde, allzu mißbeliebt geworden und erscheine auch durch seinen

ausgesprochen norddeutsch-preußischen Charakter

weniger geeignet, Sammelstätte aller aufbauenden geistigen Kräfte aller deutschen Stämme zu sein.

Die Regierung legt Wert darauf, festzustellen, daß ihr nichts ferner liegt, als etwa eine Fortverlegung der Reichsregierung von Berlin einzuleiten. Sitz der deutschen Zentralregierung ist Berlin und soll es für alle Zeiten bleiben.

Für die technische Durchführung der Arbeiten der Nationalversammlung in Weimar und für ihre beste Verbindung mit Berlin wird schon jetzt Vorsorge getroffen. Die Nationalversammlung wird im

Weimarer Hoftheater

tagen. Schon jetzt werden die Telegraphen- und Telephonverbindungen zwischen Berlin und Weimar so vermehrt, daß sie allen Anforderungen genügen sollen, die Postanstalten in Weimar vergrößert, für die Unterbringung von 2000 bis 3000 Personen, die die Nationalversammlung nach Weimar führen wird, wird von amtswegen gesorgt werden. Endlich werden die Zugsverbindungen mit Weimar außerordentlich vermehrt.

* * *

Man wird den Entschluß der Regierung allenthalben, auch in Berlin, billigen müssen. Eine Nationalversammlung, die damit rechnen müßte, daß jeden Augenblick in ihrem Hause fragwürdige Demonstranten von der Straße auftauchen, wäre nicht arbeitsfähig. Diese Möglichkeit ist in Weimar ausgeschlossen.

Der Plan für das neue Deutschland.

Der Entwurf der künftigen Reichsverfassung, der von dem Staatssekretär Preuß herrührt, wird jetzt von der Regierung in seinem ganzen Umfange veröffentlicht. Am Sonnabend werden die einzelstaatlichen Vertreter in Berlin zusammenkommen, um den Entwurf zu beraten. Die Regierung soll übrigens entschlossen sein, an dem Entwurf im ganzen festzuhalten und ihn in der vorliegenden Form vor die Nationalversammlung zu bringen. Ueber den Entwurf wird folgendes mitgeteilt:

Der Entwurf der künftigen Verfassung setzt voraus, daß das deutsche Reich aus seinen bisherigen Bundesstaaten besteht und aus den Gebieten, deren Bevölkerung den Anschluß wünscht. Die grundlegenden Bestimmungen liegen beschlossen in den Paragraphen 2 und 5 der neuen Verfassung, die lauten: „Alle Staatsgewalt liegt beim deutschen Volke," und

„Reichsrecht bricht Landesrecht".

Sie liegt ferner begründet in der Betonung des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Stämme, einschließlich Deutsch-Oesterreichs, deren staatliche Bildung nicht durch die Hausmacht der Dynastien und deren Regierung bedingt und beschränkt, sondern sich freistaatlich entwickeln soll. Alle deutschen Freistaaten sind künftig Gliedstaaten des Reiches ohne partikularistische Hegemonie von irgendeiner Seite her. Nur das Reich ist souverän.

In solcher Art als Gliedstaaten würden die einzelnen deutschen Freistaaten am besten den Funktionen entsprechen, die ihnen im Gemeinleben der Reichsrepublik obliegen werden; es sind die Funktionen höchstpotenzierter Selbstverwaltung. Aber alle der nationalen Gemeinschaft als solcher natürlich zufallenden staatlichen Funktionen muß die Verfassung der Republik im Reiche konzentrieren.

Zu den ausschließlichen Reichsangelegenheiten tritt vor allem das öffentliche Verkehrswesen. Dem schließen sich der Handel, das Bank- und Börsenwesen an. Die Finanz- und Steuerpolitik, die Sozialisierungspolitik und

weitere Zweige der Sozialpolitik,

die Bodenpolitik usw. werden sich unter Mitwirkung der Einzelstaaten den vom Reich gezogenen Grundlinien anpassen müssen. Ohne Verletzung der Eigenart der verschiedenen Landschaften und Stämme und unter Wahrung freien Spielraums wird das Reich auch für das Verhältnis des Staates zu Schule und Kirche und insonderheit für die Volksbildung die allgemeinen, dem ganzen deutschen Volke gemeinsamen Grundlinien ziehen.

Das deutsche Volk erhält zu seiner Entwicklung die freieste Verfassung der Welt. Staatliche Freiheit, politische Freiheit, persönliche Freiheit, Gewissensfreiheit

Der Reichstag

umschließt künftig Volksvertretung (Volkshaus) und Staatenvertretung (Staatenhaus). Die parlamentrische Demokratie, in der alle politische Gewalt vom Volkswillen ausgeht, soll nach der neuen Verfassung die Regierungsform des Deutschen Reiches werden.

Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt. Für Wahl und Wiederwahl ist er also vom Parlament unabhängig; seine sämtlichen Regierungsfunktionen aber kann er nur unter der verantwortlichen Mitwirkung der von ihm ernannten, jedoch vom Vertrauen des Parlaments abhängigen Reichsminister ausüben. An ihrer Spitze steht der Reichskanzler, der für die allgemeine Richtung der Reichspolitik die Verantwortung trägt.

Vermischte Nachrichten.

— **Herabsetzung der Brot- und Kartoffelration.** Die Reichsregierung beabsichtigt, vom 1. Februar d. J. ab die Brot- und Kartoffelration herabzusetzen. Ein Ausgleich ist durch Erhöhung der Fleischration um 100 Gramm in Aussicht genommen. Die Folge dieser Erhöhung der Fleischration ist, daß die Schlachtviehlieferungen in erheblichem Maße erhöht werden müssen. Die Kreise haben bereits die entsprechende Anweisung der Reichsstellen erhalten. Ihnen ist aufgegeben worden, insbesondere die Zugochsen und Jungstiere heranzuziehen. Die Landwirte werden sich infolge der beabsichtigten Anordnung der Reichsregierung mit weiteren Eingriffen in die Viehbestände abfinden müssen.

— **Starke Einschränkung des Personenverkehrs.** Das wirtschaftliche Demobilmachungsamt teilt mit: Nach Erledigung der Abbeförderung des Heeres müssen die Einschränkungen im Personenverkehr erheblich verschärft werden. Selbst bei glaubhaftem Nachweis der Notwendigkeit einer Reise werden im Zivilpersonenverkehr Fahrkarten nur in den allerdringendsten Fällen verausgabt werden. Auch der Berufs- und Arbeiterverkehr wird nicht in der bisher gewohnten Weise berücksichtigt werden können. Die beteiligten Kreise werden sich damit abfinden müssen, daß er vorübergehend nur in notdürftiger Weise bedient wird. Die Eisenbahndirektionen sind vom preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten angewiesen worden, sofort, spätestens jedoch vom 27. Januar ab Personenzüge soweit nur irgend möglich, wegfallen zu lassen. Diesem Vorgehen haben sich die anderen deutschen Eisenbahnverwaltungen angeschlossen. Zweck dieser scharfen Beschränkung ist, durch Wegfall von Personenzügen Lokomotiven in genügender Zahl zur ungestörten Aufrechterhaltung der Lebensmittel- und Kohlenversorgung des Landes freizumachen.

— **Essen-Ruhr**, 22. Jan. Die Streikbewegung unter den Ruhrbergleuten hat gestern wieder einen großen Umfang angenommen. Von der gestrigen Schicht waren wiederum 12 000 Bergleute ausständig, sodaß sich heute die Zahl der Streikenden auf etwa 30 000 beläuft. Auf verschiedenen Zechen sind die neuerlichen Arbeitseinstellungen mit der Forderung auf sofortige Einsetzung von Sozialisierungskommissionen begründet.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

— **Berlin**, 23. Jan. (Endresultat: 233 Bürgerliche und 188 Sozialdemokraten.) Das Endresultat aus den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nach nichtamtlichen Meldungen setzt sich folgendermaßen zusammen: In den 37 Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten haben erhalten: Die deutschnationale Volkspartei 34, die christliche Volkspartei (Zentrum) 88, die deutsche Volkspartei 23, die deutsche demokratische Partei 77, die sozialdemokratische Partei 164, die unabhängige sozialdemokratische Partei 24, ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus 4 Welfen (3 in Hannover und 1 in Stade), 1 Vertreter der Bauern- und Landarbeiter-Demokraten in Schleswig-Holstein, 4 bayerischen Bauernbündlern und 2 Vertretern des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.

— **Mudersbach**, 23. Jan. Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr wurden vier Knaben durch Explosion einer 10,5-Zentimeter-Granate fast völlig in Stücke gerissen. Die Kinder hatten mit Hammer und Meißel versucht, den Zünder abzuschlagen, wodurch das Unglück eintrat. Das in der Nähe befindliche Haus war ebenfalls stark beschädigt. Die Geschosse waren in unverantwortlicher Weise vom A.- und S.-Rat in den nahen Tannenwald verbracht worden.

— **Essen**, 23. Jan. (Beendigung des Streiks im Ruhrkohlengebiet) Bei der heutigen Morgenschicht sind die Belegschaften sämtlicher Zechen wieder angefahren.

— **Köln**, 22. Jan. In einer Wählerversammlung des Zentrums erklärte der Schriftleiter Joest aus München-Gladbach, in noch nicht 14 Tagen werde von einem von allen Parteien gebildeten Komitee die Republik Rheinland-Westfalen verkündet.

** **Fünf Arbeiter verschüttet.** Während im Hafen Oberahnstein mehrere Arbeiter damit beschäftigt waren, die dort aufgeschütteten Eisenerze abzutragen, kam ein Teil des Erzes ins Rutschen und begrub fünf Arbeiter. Drei wurden schwer verletzt, die beiden anderen konnten nur als Leichen geborgen werden.

— **Rotterdam**, 23. Januar. Die Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet, daß gestern die ersten Schiffe mit Lebensmitteln der Alliierten für die deutsche Bevölkerung den Grenzort Lobith am Rhein passiert haben. Die Ladung besteht hauptsächlich aus Mehl. Eine große Zahl von Schiffen ist noch unterwegs.

Aus Laasphe und Umgegend.

* **Laasphe**, 24. Januar. Nach neuerer Feststellung des Wahlergebnisses für den Wahlbezirk Arnsberg sind gewählt: Deutsche Volkspartei 174918 Stimmen (3 Sitze). Mehrheitssozialisten 447555 Stimmen (7 Sitz), Zentrum 327504 Stimmen (5 Sitze). Deutsch-demokratische Partei 101987 Stimmen (1 Sitz), Unabhängige 52964 (0 Sitze). Demnach wird die Deutsch-nationale Partei in der Person des Herrn Lic. Mumm einen weiteren Sitz in der Nationalversammlung erhalten und die Unabhängigen gehen leer aus.

* **Laasphe**, 24. Jan. Als besonders bemerkenswerte Tatsache ist die erhebliche Zunahme der demokratischen und sozialdemokratischen Stimmen im hiesigen Kreise zu verzeichnen. Während bei früheren Wahlen die Stimmen der Nationalliberalen und Christl.-Sozialen überwiegend waren, ist es jetzt umgekehrt.

† **Laasphe**, 24. Jan. Am gestrigen Donnerstag fand die feierliche Einführung des zum Superintendenten der Synode Wittgenstein gewählten Herrn Oberpfarrers Adams durch den Generalsuperintendenten P. Zöllner von Münster statt. Den Zeitereignissen entsprechend wurde nur ein schlichter Gottesdienst veranstaltet, der aus allen Kreisen der Gemeinde und der Synode gut besucht war. Der Herr Generalsuperintendent wies in seiner Einführungsrede, der die Worte „uns ist bange, aber wir verzagen nicht" zu Grunde legen, auf die vielen Schwierigkeiten hin, die durch die augenblicklichen Verhältnisse der Kirche und ihrer Verkündigung sich in den Weg stellen, forderte aber im Hinblick darauf, daß das Gotteswort zu allen Zeiten seinen Wert und seine Kraft behält, zu mutigem Gottvertrauen auf. Herr Superintendent Adams dankte für das Vertrauen, das man ihm durch seine Wahl bewiesen habe. Er führte in seiner Predigt aus, daß er sein Amt verwalten wolle im Aufblick zu dem Herrn, unserm Meister, König und Richter, der unsere Hülfe ist. Möge dem neuen Superintendenten ein segensreiches Wirken in seinem Amte beschieden sein.

* **Laasphe**, 24. Januar. (Handwerk!) Den Eltern, deren Kinder diese Ostern die Schule verlassen, wird, wenn sie sich nicht bereits entschieden haben, die Berufswahl derselben in dieser Zeit besonders am Herzen liegen. Angesichts der drohenden Beschäftigungslosigkeit in den Fabriken mögen die Eltern reiflich erwägen, ehe sie ihren Knaben einfach in die Fabrik schicken, um ihn rasch verdienen zu lassen, ob sie damit nicht einen Fehler begehen, der nicht so leicht wieder gut zu machen ist. Das Handwerk ernährt noch immer seinen Mann und tüchtige Handwerker sind allerwärts gesuchte Leute. Wer es nur durchzusetzen vermag, seinen Knaben in eine ordentliche Lehre zu tun, und das können bei einigem guten Willen und rechter Überlegung nicht wenige, der tue das nur. Die Zukunft stellt ganz besondere Anforderungen an unsere Leistungsfähigkeit, um uns weiter durchsetzen zu können.

)!(**Banfe**, 24. Januar. Frl. Lina Göbel von hier (untere Mühle) wurde für Verdienste auf dem Gebiete der Volksernährung mit dem „Verdienstkreuz für Kriegshülfe" ausgezeichnet.

Erndtebrück, 24. Jan. (Streik!) Die Arbeiter der Möbelfabrik Heinr. Birkelbach und der Sägewerke Bald und Herking, sowie Ludwig Belz, die im Gewerkverein Deutscher Holzarbeiter H.-D. organisiert sind, traten am vergangenen Samstag in den Ausstand, weil die betreffenden Betriebe mit Einführung des Achtstundentages auch eine Lohnverkürzung eingeführt hatten. Nachdem die Arbeit drei Tage geruht hatte, wurde sie gestern morgen nach vorausgegangener Einigung wieder aufgenommen. — Dies war wohl der erste größere Streik in unserm Orte. — Die Arbeiter der Berger'schen Fabrik hatten sich nicht angeschlossen.

Eingesandt.

Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Auf das Eingesandt in Nr. 7 der Wittgensteiner Zeitung erwidere ich, daß fragl. Inserat ohne Wissen der hiesigen Parteileitung eingesetzt worden ist, und daß ich von deren Inhalt erst beim Lesen der Zeitung Kenntnis erhielt. Erwartet hatte ich, daß mir das Inserat vorerst seitens der Redaktion vorgelegt würde.*) Ich würde alsdann unter allen Umständen dieses Inserat nicht zugelassen haben.

Die Deutsche demokratische Partei
i. A.: Ernst Mittelmann.

*) Der Herr Einsender stellt mit Vorstehendem ein zu weitgehendes Verlangen, das im Zeitungsbetrieb nicht üblich ist. Ueberdies war die Anzeige nicht hier, sondern bei der Erndtebrücker Geschäftsstelle aufgegeben worden. Red.

Bekanntmachung

betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1918.

Auf Grund des § 17 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes und der §§ 15 und 51 der Ausführungsbestimmungen dazu werden die zur Entrichtung der allgemeinen Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstige Personenvereinigungen im Steuerbezirk Laasphe aufgefordert, die vorgeschriebene Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für die Zeit vom 1. August bis Ende Dezember 1918 dem unterzeichneten Umsatzsteueramte schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerkbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eignen Betriebe zum Selbstgebrauch oder Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mk. beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mk. nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20 fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mk. bis 100000 Mk. ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramte kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnisse des Umsatzsteueramtes, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Laasphe, den 23. Januar 1919.

Umsatzsteueramt. Der Magistrat: Berensmann.

Wähler und Wählerinnen!

Die Deutsch-nationale Volkspartei
tritt ein für
Vaterland
Christentum
Familie
Privateigentum.

Die Sozialdemokratie
tritt ein für
Gottesleugnung
Kommunismus.
Die Demokratie
tritt ein für
Börsenkapital
u. jüdische Vorherrschaft

Unser Stimmzettel sieht so aus:

Rektor Tegeder, Herne.
Stadtverordneter Otto Rippel, Hagen.
Handelskammersyndikus Dr. Mollat, Siegen.
Fabrikant Walter Alfred Siebel, Freudenberg.
u. s. w.

Der obige Stimmzettel wird den Wählern und Wählerinnen vor der Wahl zugehen und am 26. Januar vor den Wahllokalen verteilt werden.

Deutsch-nationale Volkspartei. **Deutsche Volkspartei.**

Wer hat gesiegt?

Die Deutsche demokratische Partei

hat nach den neuesten Aufstellungen **77 Sitze** erhalten und ist danach neben den Sozialdemokraten und dem Zentrum die stärkste Partei.

Die **Deutsch-nationale Volkspartei** hat im ganzen bloß 33 Sitze bekommen, die **Deutsche Volkspartei** sogar nur 22 Sitze.

Diese Zahlen sprechen!

Warum hat die **Deutsche demokratische Partei** so durchschlagend gesiegt? Weil die Partei keine Sonder- und Standes-Interessen kennt! Sie ist eine Partei des Rechts. In ihr haben sich alle Männer und Frauen **aus allen Kreisen des Volkes** zusammen vereinigt, die es ehrlich mit dem neuen republikanischen Deutschland und einem friedlichen Ausbau meinen.

Die unlautere Wahlmache der Gegner, sie als Judenpartei zu bezeichnen, heißt den bedeutenden Politikern, Juristen und führenden Männern des öffentlichen Lebens, die der Partei angehören, ins Gesicht schlagen.

Die Deutsche demokratische Partei wird niemals dulden, daß die Religions-Ueberzeugung und -Uebung des Einzelnen wie der Gesamtheit angetastet wird; ohne Religion keinen Staat.

Die Deutsche demokratische Partei wird niemals dulden, daß das Kleinhandwerk und der freie Bauernstand in ihrer Selbständigkeit angetastet werden.

Die Deutsche demokratische Partei wird niemals dulden, daß die Arbeiter wieder zu Maschinen erniedrigt und ausgebeutet werden.

Die Deutsche demokratische Partei wird niemals dulden, daß eine einzelne Partei sich das Recht anmaßt, Deutschlands Geschicke einseitig zu bestimmen; aber noch viel weniger wird sie die Herrschaft einer einzelnen Person, noch einer kleinen, aber herrschsüchtigen Kaste dulden.

Die Deutsche demokratische Partei hat sich deshalb nicht mit den anderen rechtsstehenden Parteien vereinigt, weil sie die Sozialdemokraten nicht isolieren will, sondern sie will gegebenenfalls mit den Sozialdemokraten arbeiten, um somit mäßigend auf zu weitgehende, dem Staatswohle nicht dienliche Forderungen der Sozialdemokraten einwirken zu können und will dadurch verhindern, daß dieselben zum äußersten Radikalismus getrieben werden.

Die Deutsche demokratische Partei will aber auch die rechtsstehenden Parteien allezeit unterstützen, sie will mit dem Volke, durch das Volk und für das Volk arbeiten.

Wer darum die Allgemeinheitsinteressen über die Sonder- und Standesinteressen stellt, wer es ehrlich mit dem Volke und seiner friedlichen Fortentwicklung hält und wer will, daß das deutsche Volk das freieste Volk der Welt werden soll, der halte zur **Deutschen demokratischen Partei!**

Männer und Frauen

wählt die Kandidatenliste der

Deutschen Demokratischen Partei

für die preussische Nationalversammlung im Wahlbezirk Arnsberg.

1. Justizrat Professor Dr. Hans Crüger, Charlottenburg,
2. Fräulein Martha Dönhoff Cregeldanz b. Witten, Grünstr. 1,
3. Rektor Wilhelm Tittel, Dortmund, Fürstenbergweg 9,
4. Fabrikant Heinrich Wenner, Schwelm,
5. Postmeister Heinrich Alberts, Werdohl, Kaiserstr. 453,
6. Justizrat Friedrich Kohn, Dortmund, Arndtstr. 4,
7. Gewerkvereinssekretär August Braun, Dortmund,
8. Handelslehrerin Hedwig Heinzerling, Siegen, Coblenzerstr. 21,
9. Oberbahnassistent Konrad Heinzerling, Schwerte,
10. Landwirt Johann Hoffmann, Rafflenbeul, Kr. Hagen,
11. Oberlehrer Dr. Ackermann, Hagen, Elisabethstr. 1,
12. Handelskammer-Vorsitzender Generaldirektor Wilh. Ashoff, Alteno,
13. Schneidermeister Alfred Höse, Werne, Kr. Bochum, Ringstr. 1a,
14. Frau Sanitätsrat Mosbacher, Bochum,
15. Vollziehungsbeamter Wilh. Bonnemann, Hamm, Kantoserweg 35,
16. Justizrat Siegfried Frey, Siegen, Obergraben 5 / III,
17. Lehrer Franz Kückenhöner, Bochum, Friedrichstr. 22,
18. Fabrikschlosser Gustav Flockenhaus, Gevelsberg,
19. Mühlenbesitzer Adolf Schulz, Unna, Kaiserstr. 8,
20. Prokurist Heinrich Kröger, Bochum, Kaiserweg 25,
21. Postschaffner Wilhelm Bochmann, Lüdenscheid,
22. Lehrer Meckies, Kamen,
23. Fabrikant Ewald Becher, Hagen-Eckesey, Eckeseyerstr. 166,
24. Volkswirtschaftler Friedrich Becker, Bochum, Blechstr. 20.

Bekanntmachung.

Nachdem die überaus traurigen tumultuarischen Vorgänge, die sich Ende Dezember vor Schloß und Rentkammer abgespielt, die einmütige Verurteilung aller vernünftigdenkenden Leute gefunden, bringen wir folgendes zum Ausdruck:

Konnte man bei den Dezembervorgängen bei mildester Beurteilung noch annehmen, daß **am ersten Tage** ein Teil der Demonstranten sich in einem zwar unbegreiflichen, aber immerhin möglichen Irrtum befand, **so müssen unsere inzwischen erfolgten mehrfachen Aufklärungen und Bekanntmachungen jeden vernünftig und anständig Denkenden darüber aufgeklärt haben, falls es einer solchen Aufklärung überhaupt bedurfte, daß niemand einen Anspruch an den Fürsten auf Unterstützung hat.** Wer jetzt noch einen Anspruch auf Unterstützung erhebt und mit Drohungen begleitet, macht sich der bewußten Erpressung schuldig und lädt eine schwere Verantwortung auf sich. Wenngleich die allgemein bekannte Wohltätigkeit des Fürsten mit zum Himmel schreiendem Undank belohnt wird, so hält das den Fürsten nicht ab, seine Absicht, bedürftigen Kriegsteilnehmern eine Unterstützung zu gewähren, auszuführen.

Die von den einzelnen Arbeiter- und Soldatenräten aufgestellten Vorschlagslisten für die Unterstützungen lassen erkennen, daß man in zahlreichen Fällen den Gesichtspunkt der Bedürftigkeit völlig außer acht gelassen hat. Besonders mußte es auffallen, daß man eine Unzahl junger lediger Leute mit in die Listen gesetzt hat, die in keiner Weise in Bedürftigkeitslisten hineingehören. Weiter sind Besitzer guter Anwesen und Geschäfte aufgeführt, bei denen von Bedürftigkeit keine Rede sein kann u. s. w. Der Unterzeichnete hat in jahrelanger sorgsamer Arbeit die Finanzen der Fürstlichen Verwaltung nicht deshalb in sparsamer Ordnung gehalten, um mit einem Schlage eine Summe zu verausgaben, deren Höhe der Fürst niemals beabsichtigt hat und nicht beabsichtigen konnte, weil sie unsere finanziellen Kräfte weit übersteigen würde. Das wird kein vernünftig denkender Mensch erwarten. Wir haben in liberaler Weise die Vorschlagslisten durch unparteiische Stellen nachprüfen lassen und diejenigen Streichungen vorgenommen, die wir nach den aufgestellten Richtlinien und unter Berücksichtigung der Frage der Bedürftigkeit für angebracht hielten. Die hiernach sich ergebende Gesamtsumme übersteigt bei Weitem noch die ungefähre Schätzung. Trotzdem tun wir unser möglichstes, um den schönen Grundgedanken, **bedürftigen** Feldgrauen eine Unterstützung zu gewähren, zur Ausführung zu bringen. Die Prüfung ist noch nicht bei allen Listen abgeschlossen, einige sind schon zur Zahlung angewiesen. **Ein Drängen auf Erledigung weisen wir als unbescheiden und durchaus unangemessen zurück**, da wir Niemandem etwas schuldig sind, es sich vielmehr um eine freiwillige Leistung des Fürsten handelt. Die von uns angewiesenen Summen sind endgültig. Auf weitere Verhandlungen können wir uns nicht einlassen. Es muß den Arbeiter- und Soldatenräten überlassen bleiben, mit der ihnen überwiesenen Summe eventl. eine anderweite Unterverteilung vorzunehmen.

Der Unterzeichnete appelliert an den gesunden Menschenverstand der anständigen Leute im Wittgensteiner Lande, denen es am Herzen liegen muß, dahin mitzuwirken daß Vernunft zurückkehrt und Sitte und Anstand gewahrt bleibt.

Wittgenstein, den 19. Januar 1919.

Fürstlich Wittgenstein'sche Rentkammer.
Ottermann,
Kammerdirektor.

Achtung! **Landtags-** Achtung!

Wähler und Wählerinnen!

Die erste Schlacht ist geschlagen. Der Sozialismus hat in ganz Deutschland einen gewaltigen Sieg errungen. **Am 26. Januar sollt Ihr noch einmal entscheiden!** Wer da will, daß der alte Untertanenstaat Preußen endgültig der Vergangenheit angehören soll, wer ehrlich **für die Gleichberechtigung aller schaffenden Stände ist,**

der gebe am Sonntag der Sozialdemokratie seine Stimme.

Die Liste der sozialdemokratischen Partei

(Richtung Scheidemann)

beginnt mit den Namen

Hué, Otto, Redakteur, Essen-Rüttenscheid,
Klupsch, Franz, Parteisekretär, Dortmund.

Danksagung.

Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Verstorbenen sprechen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank aus.

Familie Ludwig Walle.

Laasphe, den 23. Januar 1919.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Ableben und der Beerdigung unserer lieben Verstorbenen, ebenso auch für die zahlreichen Kranzspenden sagen wir allen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Hesselbach, 23. Januar 1919.

Familie Ad. Saßmannshausen.

Die Ausgabe der Fleischkarten

findet am **Samstag den 25. d. Mts.** auf dem **Bürgermeisteramt** statt und zwar an die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben

A—E von 1/2 9—1/2 10 Uhr vormittags,
F—K „ 1/2 10—1/2 11 „ „
L—R „ 1/2 11—1/2 12 „ „
Schluß „ 1/2 11—1/2 1 „ „

Lebensmittelausweiskarten sind mitzubringen.

Im Geschäft Witwe Ludwig Koch sind noch **Zwiebel** erhältlich. Der verbleibende Rest geht in den nächsten Tagen nach auswärts weiter. Weitere Zwiebelsendungen erhält die Stadt nicht.

Die **Heberollen** A und B der westf. landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft liegen während zweier Wochen und zwar in der Zeit vom **25. Januar bis 8. Februar 1919** auf der hiesigen Stadtkasse zur Einsicht der Beteiligten aus. Die Einziehung der Beiträge erfolgt gelegentlich der Steuerhebung im Monat Februar.

Laasphe, den 23. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Berensmann.

Sozialdemokratische Versammlungen

am Samstag den 25. Januar,

in **Puderbach** um **2 Uhr nachmittags** im Lokale der Witwe Becker;
in **Laasphe** um **6 Uhr abends** im Saale des Herrn L. Koch am Bahnhof;
in **Niederlaasphe** um **8½ Uhr abends** im Saale des Herrn Schäfer.

Alle Wähler und Wählerinnen

werden dringend um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Tanz- u. Anstands-Kursus.

Demnächst wird Unterzeichneter im Saale des Herrn **Koch in Laasphe einen Kursus für Tanz-Unterricht wie theoretische und praktische Anleitung für Umgangsformen im gesellschaftlichen Verkehr** eröffnen. Anmeldungen werden daselbst entgegen genommen.

P. J. Kenz, Tanz- und Anstandslehrer
an versch. höheren Lehranstalten.

Einrahmen von Bildern

aller Art,
Einbinden v. Büchern,
Zeitschriften usw.
in meiner Buchbinderei sauber, schnell und billigst.

Hermann Jung,
Laasphe.

6-10-Zimmerwohnung

in Laasphe oder Hilchenbach gesucht. Ganzes Haus bevorzugt. Angebote an
Assessor Ritgen,
Wormeln b. Warburg.

Ein anst.
Schuhmacher-Geselle

erhält auf einer orthop. Werkstatt angenehme Stelle.
Adolf Zeeher,
Siegen, Obergraben.

Kutscher

gesucht. Antritt sofort.
Oberförster Paletta,
Schwarzenau.

Ein Sohn achtbarer Eltern wird als
Schlosserlehrling

gesucht. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Erndtebrücker Zeitung.

Gesucht wird zum 1. oder 15. Februar ein treues, tüchtiges evang.
Mädchen

im Alter von 25—30 Jahren zu 2 Personen im Kreise Siegen. Dieselbe muß Landwirtschaft verstehen und 2 Kühe melken können. Guter Lohn und gute Behandlung wird zugesichert. Meldungen an die Erndtebrücker Zeitung in Erndtebrück erbeten.

Aelteres, zuverlässiges, in Küche und Hausarbeit, sowie in der Landwirtsch. erfahrenes
Mädchen

sofort gesucht.
Albert Dietrich,
Marienborn b Siegen.

Ein Break- und ein Landauer,

beide ein- und zweispännig zu fahren, stehen zum Verkauf.
J. Vollmar,
Laasphe, Königstr. 2.

Wähler und Wählerinnen!

Die bevorstehenden Wahlen zur Preußischen Landesversammlung finden unter der Parole

Ordnung gegen Bolschewismus

statt. Das gesamte Bürgertum muß einig sein.
Unter Zurückstellung alles Trennenden haben die unterzeichneten Parteien

das Gebot der Stunde

erkannt und sich auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag, der die führenden Persönlichkeiten beider Parteien und alle Berufsstände enthält, geeinigt.

Der Wahlvorschlag lautet:

1. Wilh. Tegeder, Direktor der Fortbildungsschule in Herne,
2. Verlagsbuchhändler Otto Rippel, Hagen i. W.,
3. Gymnasialdirektor Dr. Boelitz, Soest,
4. Verbandssekretär Rich. Martin, Witten a. d. Ruhr, Wiesenstr. 23, Mitglied des Zentralverbandes christl. Schneidergehülfen.
5. Bergassessor a. D. Ernst Brandi, Dortmund, Bötenstr. 10,
6. Dr. Mollat, Syndikus der Handelskammer, Siegen,
7. Rektor Roters, Iserlohn,
8. Fabrikant Walther Siebel, Freudenberg, Krs. Siegen,
9. Maurermeister Louis Schwarz, Dortmund, Sonnenstr. 130,
10. Frl. Ilse Hofmeister, Lehrerin am techn. Lehrerinnen-Seminar, Hagen i. W.,
11. Landwirt Alfred Lange, Langenhof bei Fröndenberg-Ruhr,
12. Fahrsteiger Ernst Ruschen, Marten i. W.
13. Oberlandesgerichtssekretär Brünnemann, Hamm i. W.
14. Amtsgerichtsrat Dr. Ernst, Attendorn,
15. Pastor Hermann Bartels, Hörde,
16. Frau Geh. Justizrat Foerster, Hamm i. W.,
17. Bergmann Karl Knop, Gelsenkirchen, Florastr.
18. Wirt Karl Berkemeier, Dortmund, Schützenstr.,
19. Kürschnermeister Wurm, Lüdenscheid,
20. Diplom-Ingenieur Ernst Nau, Dortmund,
21. Werkmeister Schneider, Welper b. Hattingen, Gartenstr. 25,
22. Lademeister Dörmann, Gelsenkirchen,
23. Meister Wiemer, Werdohl,
24. Fabrikant Paul Ferd. Peddinghaus, Gevelsberg.

Alle diese Männer und Frauen sind auf westfälischer Erde heimisch und werden sich auf dem Boden der durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse einsetzen

für Frieden und Brot, für Freiheit und Ordnung,
für Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes durch schaffende,

vertrauensvolle, gemeinsame Arbeit aller Berufe und Stände. Sie werden unerschütterlich für die Wahrung des nationalen und christlichen Geistes in unserem öffentlichen Leben eintreten.

Deutsche Männer! Deutsche Frauen!

Wählt die Liste der vereinigten bürgerlichen Parteien!

Deutsche Volkspartei Deutschnationale Volkspartei.

Deutsche demokratische Partei.

Samstag abend 8 Uhr

im Saale Koch am Bahnhof Laasphe

öffentliche Versammlung.

Rednerin:

Fräulein Hedwig Heinzerling, Handelslehrerin, Siegen.

Jugendliche und erwachsene

Arbeiter

und Arbeiterinnen

für unsere Werke in Erndtebrück und Aue auf sofort gesucht.

Gustav Berger & Komp.

Grabsteingeschäft,
Stein- und Schrifthauerei

Chr. Buschhaus, Laasphe.

Auf meinem Lager befindet sich noch eine schöne Auswahl

Grabdenkmäler

mit geringem Aufschlag. Wer seinen Bedarf decken will, muß schon jetzt aussuchen, da sonst bis Frühjahr nicht geliefert werden kann.

Bekanntmachung.

Nachdem der Endtermin für den Ausdrusch des Getreides auf den 1. Februar d. Js. festgesetzt ist, werden die Besitzer aufgefordert, das Drusch-Ergebnis bis zum 3. Februar 1919 beim Bürgermeisteramt anzugeben.

Laasphe, 21. n. 1919.

Der Bürgermeister.
Berensmann.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat angeordnet, daß die aus dem Felde zurückgeführten Hunde einer dreimonatlichen Beobachtung unterliegen, während deren sie festgelegt oder mit einem sicheren Maulkorb versehen an der Leine geführt werden müssen. Die Beobachtung dieser Vorschrift wird kontrolliert werden.

Die Polizeiverwaltung
Berensmann.

Bekanntmachung.

Die dem hiesigen Amte — Lebensmittelabteilung — zustehenden noch rückständigen Rechnungsbeträge aus dem Jahre 1918 bitte ich bis spätestens 31. Januar 1919 auf Konto des Amtes bei der hiesigen Darlehnskasse einzuzahlen. Nach dem 31. Jan. erfolgt Einziehung durch Postauftrag.

Erndtebrück, 18. Jan. 1919.
Der Amtmann: Roeßler.

Städtische Schuhwerkstatt.

Der Betrieb ist eingestellt. Die noch vorrätigen Waren, wie Leder, Holzsohlen mit den dazu passenden Leisten, Werkzeuge, Schuhnägel, Schuheisen, Stifte, Sohlenschoner u. s. w. sollen verkauft werden. Interessenten wollen sich an Herrn Kaufmann **August Mittelmann** in **Laasphe** wenden.